

ANTI-CHAOTEN-INITIATIVE

Debattieren statt Demolieren!

Die Versammlungsfreiheit ist ein wichtiges Grundrecht für jede Demokratie. Sie beinhaltet das Recht, Kundgebungen einzuberufen, sich zu versammeln und friedlich zu demonstrieren.



Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP
Küssnacht

Zusammenkünfte, bei denen Gewaltakte verübt werden oder anderweitig gegen die Rechtsordnung verstossen wird, gehören allerdings nicht dazu. Die dafür verantwortlichen Personen müssen zur Rechenschaft gezogen werden können. Es ist nicht in Ordnung, wenn die Steuerzahler für Ausschreitungen und Vandalismus zahlen müssen.

Bewilligungspflicht für Demonstrationen

Unbewilligte Demonstrationen lösen oft ausserordentliche Polizeikosten von mehreren Hunderttausend Franken aus. Die Stadt Zürich (und Winterthur) zeichnet seit einigen Jahren einen massiven Anstieg an Protestaktionen, von



Die Anti-Chaoten-Initiative wehrt sich gegen den Missbrauch des Versammlungs- und Demonstrationsrechts.

Bild SVP Kt. ZH

denen viele unbewilligt sind. Alleine die illegalen Strassenblockaden von Extinction Rebellion im Oktober 2021 verursachten Kosten von 684 578 Franken, die schlussendlich der Steuerzahler berappen musste.

Auch die volkswirtschaftlichen Kosten – sei es durch die Blockierung des Verkehrs oder weil auf der Demonstrationroute die Läden schliessen müssen – sind oftmals beträchtlich. Daher ist es wichtig, dass Demonstrationen

stets bewilligt werden müssen. So behält die Polizei die Übersicht, und unerwünschte Auswirkungen können vermieden werden.

Für verursachte Kosten geradestehen

Bei illegalen Demonstrationen und Kundgebungen sind Krawalle und Sachbeschädigungen leider an der Tagesordnung. Wer illegale Kundgebungen oder Veranstaltungen durchführt, soll künftig zur Kasse gebeten werden, gemäss dem Verursacherprinzip. Es braucht hierfür eine solide Grundlage im Zürcher Polizeigesetz, welche nicht nur bei Grobfahrlässigkeit gilt und in der Praxis auch angewendet wird. Auch ein entsprechender Vorstoss im Kantonsrat fordert eine Überprüfung der Grundlage im Zürcher Polizeigesetz.

Stört jemand bewilligte Demonstrationen oder andere Veranstaltungen und führt dies zu Sachbeschädigungen oder anderen rechtswidrigen Handlungen, müssen die verantwortlichen Personen für die daraus entstehenden

Kosten sowie für die Kosten des dafür notwendigen Polizeieinsatzes aufkommen. Es ist ein Skandal, dass Chaoten immer wieder legale Demonstrationen oder Veranstaltungen stören und der Steuerzahler am Schluss dafür aufkommen muss.

Hausbesetzer zur Verantwortung ziehen

Wer eine Liegenschaft illegal besetzt, muss für die daraus entstehenden Kosten aufkommen, aber auch für den notwendigen Polizeieinsatz (Räumung) haftbar gemacht werden. Besetzte Liegenschaften sind immer wieder Ausgangspunkt von illegalen Demonstrationen, illegalen Partys und anderen Delikten. Daher sind eine rasche Räumung und ein konsequentes Durchgreifen gegenüber den Hausbesetzern wichtig mit entsprechender Kostenüberwälzung. In einer neuen kantonalen Initiative fordert die Junge SVP somit u.a. unter Sandro Strässle (Präsident des Initiativkomitees) und Camille Lothe zusammen mit Kantonsrätin Nina Fehr Düsel, dass der Kanton Zürich bei unbewilligten Demonstrationen stärker durchgreifen soll. Auch sollen

Demonstrierende (bzw. Veranstalter) die von ihnen verursachten Kosten wenn möglich selbst übernehmen müssen. Dies wirkt auch abschreckend.

Unterschriftensammlung hat begonnen

Deshalb will die Jungpartei mit der Initiative zur Durchsetzung von Recht und Ordnung, kurz «Anti-Chaoten-Initiative», erreichen, dass Demonstrationen ausschliesslich mit einer Bewilligung stattfinden dürfen. Kosten bei Sachbeschädigungen sollen dem Verursacher (Veranstalter) überwälzt werden können. Vor wenigen Tagen hat die Unterschriftensammlung erfolgreich begonnen.

Fazit: Jeder kann unterschreiben bzw. dem Komitee beitreten. Zukünftig sollen Demonstrierende, sowie Gegenprotestierende und Hooligans, für die von ihnen verursachten Sachschäden zur Kasse gebeten werden und die Kosten des dafür notwendigen Polizeieinsatzes selbst übernehmen. Dasselbe soll für Hausbesetzer gelten.

Der Unterschriftenbogen kann unter anti-chaoten-initiative.ch heruntergeladen werden.

INTERVIEW MIT KARL HEINZ MEYER, KANTONS RAT UND SVP-GEMEINDERAT IN NEERACH

Reduktion der Bezirke und Einteilung in Planungsregionen

Der Kanton Zürich soll auf den Kopf gestellt werden. So schlägt es eine kantonale Arbeitsgruppe vor. Dabei geht es um zwei konkrete Veränderungen. Erstens, die Reduktion der Anzahl Bezirke im Kanton Zürich von 12 auf höchstens 10. Und zweitens, die Harmonisierung der Bezirke mit den Planungsregionen.

de. Sollte der Kanton Zürich seine 200 Jahre alte Kantonsstruktur umkrempeln? Ja, meinen die Gemeinden Bülach, Dietlikon, Embrach, Freienstein Teufen, Opfikon und Wallisellen, die im Oktober 2021 den Vorschlag der Plattform «Gemeinden 2030» als Behördeninitiative eingereicht haben. Diese wurde Mitte März im Kantonsrat emotional diskutiert. Die Behördeninitiative erreichte nun die vorläufige Unterstützung des Kantonsrats. Die Befürworter aus SP, Grünen, Grünliberalen und der Alternativen Liste betonen, dass es sich bei der Initiative lediglich um einen Debattenanstoss handle. Gegen die Initiative sprechen sich vor allem Exponenten der Mitte, FDP und SVP aus. Aktuell liegt das politische Vorhaben beim Regierungsrat, der einen Antrag dazu ausarbeiten wird. Über diesen muss der Kantonsrat dann erneut beraten.

Gibt es in Zürich also bald eine grosse kantonale Verwaltungsreform? Dies ist trotz allem eher unwahrscheinlich. Zum Glück, meint der Neeracher Karl Heinz Meyer von der SVP, der sich dezidiert gegen die Umorganisation des Kantons ausspricht. Mit ihm sprechen wir über die Behördeninitiative und wie das Zusammenspiel zwischen den Gemeinden im Kanton Zürich heute funktioniert.

Karl Heinz Meyer sitzt seit Januar 2022 im Zürcher Kantonsrat. Der langjährige Gemeinderat aus Neerach ist selbstständiger Unternehmer und Verwaltungsratspräsident der Tennishalle Buchs.

Herr Meyer, die Diskussion über die Behördeninitiative zur Neuorganisation des Kantons Zürich wurde im Kantonsrat sehr emotional geführt. Ist es auch für Sie ein emotionales Thema?

Ja, natürlich. Für mich als Gemeinderat von Neerach sehe ich die unmittelbaren Konsequenzen von solchen Gedankenexperimenten, die viele meiner Kolleginnen und Kollegen nicht wahrhaben wollen. Es ist Unsinn, bestehende und gut funktionierende Strukturen derart umzugraben. Darüber hinaus wird über die Köpfe der Gemeinden entschieden, die selbst am besten wissen, wie sie ihre Aufgaben zu meistern haben und mit wem die Zusammenarbeit am besten funktioniert. Das ge-

hört zur Gemeindeautonomie, welche mir und meiner Partei am Herzen liegt.

Was meinen Sie mit «es wird über die Köpfe der Gemeinden hinweg entschieden»? Eine Mehrheit der Gemeinden sieht Reformbedarf.

Ja, aber eine sehr knappe Mehrheit. Immerhin haben sich 61 Gemeinden und 7 der 10 befragten Bezirksräte gegen eine Reform ausgesprochen. Es kann ja nicht sein, dass diese Stimmen nicht berücksichtigt werden. Zudem haben sich die Befürworter nicht über den konkreten Vorschlag der Behördeninitiative positiv geäussert, sondern sehen lediglich einen allgemeinen Reformbedarf. Aber es ist noch nichts in Stein gemeisselt. Nun wird die Vorlage erst mal im Parlament besprochen und die Kantonsräte können nochmals korrigieren.

Die Behördeninitiative erreichte im Parlament aber die nötige Anzahl Stimmen zur vorläufigen Unterstützung. Während viele Politikerinnen anderer Parteien betonten, ihre Unterstützung nur vorläufig zu geben, ist die SVP ganz allgemein gegen die Idee der Vorlage. Was spricht dagegen, nach 200 Jahren die Strukturen des Kantons auch einmal zu überdenken?

Vieles spricht dagegen. Fragen Sie einmal in der Bevölkerung und bei den Gemeinden etwas genauer nach. Sind diese denn wirklich so unzufrieden mit den bestehenden Strukturen? Also ich glaube das nicht. Ich bin als Gemeinderat in Neerach am Puls und kenne unsere Zweckverbände, Organisationen und Bedürfnisse im politischen Alltag. Ich habe mich nie über die bestehenden Strukturen aufgeregt – im Gegenteil. Es besteht in den Bereichen Betriebsämter, Zivilstandsämter, Feuerwehr und Zivilschutz eine sehr gute Zusammenarbeit. Auch die interregionale Zusammenarbeit funktioniert gut, so wie sie ist. Die Behörden, die den Umbau des Kantons initiiert haben, haben ja nicht einmal in der eigenen Bevölkerung und oder bei ihren politischen Entscheidungsträgern nachgefragt, ob die Leute diese Änderungen überhaupt wollen. Die Initianten wollen Pfäffikon und Hinwil zu einem Bezirk zusammenlegen, trotz einer ablehnenden Haltung der Standortgemeinden. Das ist Fremdbestimmung. So ein

Vorhaben muss von unten nach oben aufgegleist werden und nicht umgekehrt.

Wem würde denn mit einer Neustrukturierung geschadet werden?

In erster Linie dem Steuerzahler! Das Projekt ist eine reine Zeit- und Geldverschwendung. Die Kosten und der Aufwand sind einfach zu gross, während ja kaum dargelegt werden kann, was der Mehrwert davon sein wird. Zweitens greift man damit etablierte Zweckverbände und Vereine an, die oftmals bezirkswise organisiert sind. Ein gutes Beispiel aus meiner Region ist die Wasserversorgung. Bei uns werden gleichzeitig die Haushalte sowie Industrie- und Gewerbebetriebe in den Gemeinden Höri, Hochfelden, Niederglatt und Neerach von der Wasserversorgung Höri abgedeckt. Daraus ist ersichtlich, dass die bezirksübergreifende Zusammenarbeit bereits heute bestens funktioniert und kein Diktat aus dem rotgrünen Kantonsrat braucht.

Die Vernehmlassung zum Vorschlag von Gemeinden 2030 hat gezeigt, dass städtische Gebiete eher Reformbedarf sehen, während sich ländlichere Gebiete mehrheitlich mit den alten Strukturen zufrieden zeigen. Wieso ist das so?

Es ist typisch, dass sich mehrheitlich städtische Gebiete für eine solche Reform aussprechen. Diese würden am meisten profitieren, indem sie ein weiteres Mal gestärkt werden würden. Randregionen würden durch die neue Ordnung geschwächt, da die Mitsprache auf Bezirks- und kantonaler Ebene erschwert wird. Hier dient wieder das Beispiel von Pfäffikon und Hinwil. Wenn diese Bezirke zusammengelegt werden, werden die, die etwas abgelegen wohnen neu 30 Minuten mit dem Auto zurücklegen müssen, um an den Bezirkshauptort zu gelangen. Wie will man das den Zürcherinnen und Zürchern auf dem Land verkaufen? Es ist für mich unverständlich, wieso man diesen kleineren, ländlicheren Gebieten eine Zwangszuteilung vor die Nase setzen will. Diese Probleme haben die urbanen Gebiete nicht.

Aber denken Sie nicht, dass es Aufgaben gibt, die mehr und mehr nach regionalen Lösungen verlangen und die beispiels-

weise in grösseren Bezirken besser koordiniert werden könnten?

Klar gibt es diese Herausforderungen, aber dafür gibt es einfachere und unbürokratischere Lösungen. Wenn man Bezirke zusammenlegt oder anders aufteilt, schadet man nur den bestehenden, funktionierenden Strukturen. Eine viel sinnvollere Lösung wäre eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen. Für Bezirke, die an ein oder zwei Nachbarkantone grenzen, ist das besonders wichtig. Zudem ist es fragwürdig, wieso die Bezirke mit den Planungsregionen harmonisiert, und die Gemeinden immer mehr Aufgaben an die Planungsregionen abtreten sollen. Die Akteure der Planungsregionen sind im Gegensatz zu den Bezirksbehörden

nicht vom Volk gewählt worden. Sie sollten deshalb den Gemeinden und Bezirken untergeordnet sein und nicht umgekehrt.

Zürich ist nicht der erste Kanton, der über eine Neuorganisation nachdenkt. In anderen Kantonen wurden ähnliche Projekte realisiert. Eine unmögliche Aufgabe ist es also nicht.

Ja, und schauen sie sich an, wie diese Reformen im Nachhinein bewertet werden. Das Sparpotenzial wurde in Bern und Glarus massiv überschätzt. Zudem beschäftigen sich unzählige Beamte jahrelang mit der Umsetzung, nur um im Nachhinein zu merken, dass es sich doch nicht gelohnt hat. Darauf können wir im Kanton Zürich gerne verzichten.

INSERAT

Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen 2023 suchen wir **DICH als freiwilligen Helfer!**

Du

- willst dich für die Werte und Ziele der SVP aktiv einsetzen.
- bist bereit, die Extrameile zu gehen und Dich mit Rat und Tat für die SVP einzusetzen.

Insbesondere benötigen wir Deine Unterstützung in folgenden Bereichen:

- Social Media: Facebook, Instagram, Twitter usw.
- Mitarbeit bei Schulungen
- Leitung von Veranstaltungen
- Konzeption und Durchführung von Kampagnen
- Verfassen von Artikeln und Leserbriefen

Fehlt hier ein Bereich, wo du Dich einbringen könntest? Hast du innovative Vorschläge und möchtest diese umsetzen? Kontaktiere uns, lass uns das wissen! Wir sind offen für gute Ideen!

Gerne steht dir der Parteisekretär, Werner Gartenmann, zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung: Tel. 044 217 77 60, werner.gartenmann@svp-zuerich.ch

Wahlkommission SVP 2023

SVP Kanton Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

www.svp-zuerich.ch

